20. Wann bedarf es in der Hauptverhandlung eines Gerichtsbeschlusses darüber, ob zur Verweigerung des Zeugnißes berechnigte Zeugen zu beeidigen sind?

St.ß.D. § 57. § 237 Abs. 2.

IV. Straffenat. Ur. v. 20. September 1910 g. Sch. IV 599/10.

I. Landgericht Eisenach.

Gründe:

In der Hauptverhandlung ist der Ehemann der Mitangeklagten Sch. als Zeuge unter Aussetzung der Beeidigung vernommen und nicht beeidigt worden. Auf den vom Verteidiger gestellten Antrag, den Zeugen Sch. zu beeidigen, ist kein Gerichtsbeschuß ergangen.

Der Beschwerde, daß hierdurch § 57 St.ß.D. verletzt sei, mußte Erfolg zu teil werden.

Nach ständiger Rechtsprechung des Reichsgerichts liegt es im Falle dieser Gesetzesvorschrift zunächst dem Vorsitzenden ob, Maßnahmen bezüglich der Beeidigung oder Nichtbeeidigung des Zeugen zu treffen. Ein Gerichtsbeschuß wird erst dann notwendig, wenn von irgend einer Seite die Anordnung des Vorsitzenden beanstandet wird (Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 3 S. 46. 370, Bd. 19 S. 354 [355]; Rechtspr. Bd. 5 S. 535. 639). Dort ist angenommen, daß dies aus § 237 St.ß.D. folge, der auch auf einen Fall der vorausgesetzten Art anwendbar sei. Mehrere Schriftsteller gehen weiter und sind der Ansicht, daß ein Gerichtsbeschuß von vornherein erforderlich sei, indem sie geltend machen, nach § 57 das sei die Beeidigung und Nichtbeeidigung gleichmäßig zulässig, es liege daher der in § 237 Abs. 2 vorgefehene Fall der Beanstandung einer Anordnung des Vorsitzenden als „unzulässig“ nicht vor (vgl. Löwe-Hellweg, Die

Strafprozeßordnung Anm. 1b zu § 57 und die dort angeführten Schriftsteller).

Im Ergebnis ist jedoch an der vom Reichsgerichte bisher vertretenen Ansicht festzuhalten. Die Vorschrift des § 57 St. P. O. sagt nur, daß es von dem „richterlichen Ermessen“ abhängt, ob die Zeugen unbeeidigt zu vernehmen oder zu beeidigen sind, und auch in der Begründung zu dem entsprechenden § 46 Abs. 3 des Entwurfs zur Strafprozeßordnung ist nur allgemein von dem „Ermessen des Richters“ die Rede. Es fehlt also an einem ausdrücklichen Ausspruche darüber, ob das Ermessen des vorsitzenden Richters oder das des Gerichts maßgebend sein sollte. Allein wenn auch nach § 237 St. P. O. die Leitung der Verhandlung, die Vernehmung des Angeklagten, die Aufnahme des Beweises in die Hand des Vorsitzenden gelegt sind und dem Gerichte nach Abs. 2 daselbst über die Angemessenheit und Zweckmäßigkeit seiner Anordnungen in diesen Beziehungen eine Entscheidungsbefugnis nicht gegeben ist (vgl. Rechtspr. Bd. 8 S. 286), so handelt es sich doch im vorliegenden Falle nicht um eine bloße Frage der Angemessenheit oder Zweckmäßigkeit. Nach der Bedeutung, welche die Frage, ob ein Zeuge zu beeidigen ist oder nicht, für die Entscheidung in der Sache selbst hat, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß ausschlaggebend nur die Meinung des Gerichts sein kann. Die Entscheidung schafft die Grundlage für die Beurteilung des sachlichen Beweiswertes der Aussage und fordert um deswillen schon für sich selbst eine vorläufige Bewertung dieser letzteren: das aber ist Aufgabe des erkennenden Gerichts, nicht Sache des den Gang des Verfahrens leitenden Vorsitzenden. Andererseits steht aber auch nichts entgegen, dem Vorsitzenden zunächst, sofern von keiner Seite Widerspruch erhoben wird, die Entscheidung zu überlassen. Nach der Auffassung der Strafprozeßordnung handelt der Vorsitzende in solchen Fällen im Namen des Gerichts und es ist ihm daher unbenommen, sofern die Verkündung eines Gerichtsbeschlusses nicht ausdrücklich im Gesetze vorgeschrieben ist, an Stelle des Gerichts und unter der Voraussetzung von dessen Zustimmung Maßnahmen zu treffen, die an sich dem Gerichte zustehen und obliegen. Ob Maßnahmen des Vorsitzenden dieser Art auch als „sachleitende“ Anordnungen im weiteren Sinne des § 237 Abs. 2 St. P. O. bezeichnet und dieser Vorschrift unterstellt werden können,

bedarf keiner Erörterung. Jedenfalls sind sie ihrem Wesen nach verschieden von denjenigen Anordnungen des Vorsitzenden, die ihm ausdrücklich durch das Gesetz kraft eigenen Rechtes übertragen sind (§ 237 Abs. 1 das.) und die hauptsächlich durch die Vorschrift in § 237 Abs. 2 betroffen werden. Aus dieser begrifflichen Verschiedenheit der Anordnungen selbst folgt ohne weiteres auch die Verschiedenheit der Wirkung ihrer Beanstandung. Bei einer Maßnahme, die dem Vorsitzenden kraft eigenen Rechtes zusteht, kann ihre Beanstandung nur dann den Erlaß eines Gerichtsbeschlusses erforderlich machen, wenn die Beanstandung darauf gestützt wird, daß die getroffene Anordnung gesetzlich unzulässig sei. Gegenüber einer Anordnung aber, die vom Vorsitzenden nur an Stelle des Gerichts unter Voraussetzung von dessen Übereinstimmung mit ihm getroffen ist, enthält schon die Beanstandung ohne weiteres die Kundgabe des Willens, daß das Gericht, dem die Entscheidung übertragen ist, formell und ausdrücklich selbst den Ausspruch erlasse.

Im vorliegenden Falle mußte deshalb auf die Beanstandung hin ein Gerichtsbeschuß ergehen.

Es erscheint auch nicht ausgeschlossen, daß auf der Unterlassung einer solchen Beschußfassung die Entscheidung beruht, da es sich für das Revisionsgericht jeder Beurteilung entzieht, ob der Antrag überhaupt Beachtung gefunden hat und ob nicht der Zeuge, falls seine Beeidigung vom Gerichte beschloffen worden wäre, möglicherweise eine Aussage gemacht hätte, die von erheblichem Einfluß auf das Urteil sein konnte.

Das Urteil mußte hiernach, soweit es sich auf die Beschwerdeführerin erstreckt, aufgehoben werden.